

Die Gefahr der Verwissenschaftlichung demokratischer Debatten

Die aktuell starke Verwissenschaftlichung politischer Debatten, gerade im Kontext von Pandemie und Klimawandel, weist eine nicht unproblematische Seite für den demokratischen Diskurs auf. Nicht wenige Menschen fühlen sich von stark akademisierten, verwissenschaftlichen und dadurch dominanten Meinungen in politischen Debatten nicht angesprochen oder identifizieren sich nicht mit ihnen und suchen daher inhaltliche Zuflucht bei konträren Meinungen, die ihre Ablehnung der „Mainstream“-Wissenschaft stützen. Ein illustratives Beispiel ist ein Redebeitrag des AfD-Abgeordneten Omid Najafi im niedersächsischen Landtag vom 11.10.2023: Nachdem seiner Partei vonseiten der SPD vorgeworfen wurde, die Realität des menschengemachten Klimawandel abzustreiten, hielt Najafi mit dem Verweis auf eine „echte wissenschaftliche Studie“¹ dagegen, die durch „echte Wissenschaftler, nicht selbst ernannte wie bei den Grünen“² angefertigt worden sei. Die Ergebnisse einer NASA-Studie würden zeigen, so Najafi, dass der Effekt der vermehrten CO₂-Emission seit der Industrialisierung in einer globalen Tendenz zum vermehrten Pflanzenwachstum bestehe und nicht, wie die von Najafi so titulierte „Möchtegernforscher“³ vom IPCC behaupten, im menschengemachten Klimawandel. Tatsächlich weist die NASA-Pressemitteilung, auf die sich die AfD stützt, CO₂ aber als eindeutigen Hauptverursacher des Klimawandels aus.⁴ Bezeichnend ist das Bestehen Najafis

darauf, den Standpunkt der „echten“ Wissenschaft zu vertreten. Dieser Anspruch kennzeichnet die klimaskeptische Rhetorik der AfD insgesamt – so auch in dem Antrag „Freiheit statt Ideologie – Aufkündigung aller internationalen Klimavereinbarungen“, den die AfD-Fraktion am 19.09.2023 in den Deutschen Bundestag einbrachte.

Wie der Abgeordnete Najafi in seinem Redebeitrag, ist auch der Fraktionsantrag bestrebt, den wissenschaftlichen Konsens bezüglich des menschengemachten Klimawandels nicht nur abzustreiten, sondern den skeptischen Argumenten auch einen wissenschaftlichen Klang zu verleihen: Insbesondere stützen sich die Antragsteller auf die Thesen des deutschen Chemikers und Klimaskeptikers Prof. Dr. Fritz Vahrenholt, dessen methodische Kritik am sechsten Sachstandsbericht des IPCC breiten Raum einnimmt.⁵ Durch diese Mobilisierung von Gegenexpertise wird deutlich, dass sich die AfD in dem Abstreiten gesicherter Befunde nicht einer offen antiwissenschaftlichen Rhetorik bedient. Stattdessen gibt sie vor, die These des menschengemachten Klimawandels an den Standards der wissenschaftlichen Erkenntnisfindung selbst zu messen. Eine offen zur Schau gestellte Ablehnung der etablierten Wissenschaft, welche die AfD so rhetorisch umgeht, wäre gesellschaftlich (noch) nicht mehrheitsfähig, da 56 % aller Deutschen im Jahr 2023 angaben, „voll und ganz“ oder „eher“ in Wissenschaft und Forschung zu vertrauen.⁶

1 Niedersächsischer Landtag: Stenografischer Bericht der 22. Sitzung, Hannover, den 11. Oktober 2023: S. 1588

2 Ebd.

3 Ebd.: S. 1589.

4 Vgl.: Hille, Karl B (2016): Carbon Dioxide Fertilization Greening Earth, Study finds. National Aeronautics and Space Administration (NASA). URL: <https://www.nasa.gov/technology/carbon-dioxide-fertilization-greening-earth-study-finds/>. [21.12.2023].

5 Vgl. AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag 19.09.2023 Freiheit statt Ideologie - Aufkündigung aller internationalen Klimavereinbarungen. Aktenzeichen: Drucksache 20/8417: S. 4.

6 Vgl. Wissenschaft im Dialog (2023): Wissenschaftsbarometer 2023. Vertrauen in Wissenschaft und Forschung. URL: <https://www.wissenschaft-im-dialog.de/projekte/wissenschaftsbarometer/wissenschaftsbarometer-2023/#c14880> [21.12.2023].

Der AfD-Antrag entspricht dem, was Alexander Bogner als organisierten Klimaskeptizismus als Folge einer verwissenschaftlichen politischen Debatte bezeichnet. Bogner argumentiert, dass die klimapolitische Debatte der demokratischen Öffentlichkeit im Kern durch eine große Übereinstimmung zusammengehalten werde. Diese bestehe in der allgemeinen Einigkeit, dass die katastrophalen Umweltfolgen, die sich erwartbar mit einer Erhöhung der globalen Durchschnittstemperatur von 3 Grad ergeben, durch politische Maßnahmen verhindert werden müssen.⁷ Politische Akteure, so Bogner, deren Interessen gegensätzlich zu den Klimaschutzmaßnahmen stehen, verfügen über keine realistische Möglichkeit, diesen Konsens aufzuweichen, etwa indem sie argumentieren würden, dass die Interessen der fossilen Industrie diese erwartbaren Folgen rechtfertigen. Daher entsteht für sie der Anreiz, den Diskurs bei Umgehung der normativen Fragen auf eine epistemische Ebene zu verschieben und ihn als Wissenskonflikt weiterzuführen, etwa indem sie die theoretischen Grundlagen der Modelle, auf denen die Prognosen der Klimaforschung beruhen, kritisieren oder in Zweifel ziehen.⁸ Aufgrund der weitgehenden Einigkeit innerhalb der Klimawissenschaften mobilisieren die Akteu-

re zu diesem Zweck Gegenexpertise. Diese kann aufgrund der (selbst)kritischen Grundhaltung der modernen Wissenschaft nie ohne tiefere Auseinandersetzung disqualifiziert werden, weshalb der epistemisierte Wissenskonflikt geeignet ist, einen demokratischen Diskurs langfristig einzufrieren und notwendige Entscheidungen hinauszuzögern.⁹ Der hohe Verwissenschaftlichungsgrad demokratischer Debatten führt außerdem dazu, dass die Hürden zur demokratischen Teilhabe steigen, da Diskursteilnehmer ihre Positionen durch Verweis auf entsprechende Expertise rechtfertigen müssen, was einen entsprechenden Bildungsgrad voraussetzt.

Zu fordern ist angesichts dieser Problemlage zum einen die Repolitisierung der Klimadebatte.¹⁰ Die Politik ist, in Bogners Worten, vor der Wissenschaft zu retten¹¹: Diskurse dürfen nicht allein als faktenzentrierte Wissenskonflikte geführt werden, sondern als Debatten, in denen die persönlichen Problemwahrnehmungen, subjektiven Gefühle und Werte sowie materiellen Interessen der Wähler verdeutlicht werden. Zum anderen bedarf es einer verbesserten Wissenschaftskommunikation, welche der Instrumentalisierung wissenschaftlicher Expertise durch allgemeine Aufklärung zuvorkommt.

7 Vgl. Bogner, Alexander (2021): Die Epistemisierung des Politischen. Wie die Macht des Wissens die Demokratie gefährdet.[E-Book]. Ditzingen: Reclam. S. 23-28 & 94-97

8 Vgl. ebd.

9 Vgl. ebd.: S. 112

10 Vgl. ebd.: S. 108.

11 Vgl. ebd.: S. 105.